

Pressemitteilung

Nr. 094/2022

Kiel, 04.08.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. 0431-988 1383

# Verfügbarkeit der Drogensersatztherapie flächendeckend sichern

Zur ernüchternden Antwort auf seine kleine Anfrage zur Versorgung von Substitutionspatient:innen in Schleswig-Holstein (Drucksache 20/95) erklärt der gesundheitspolitische Sprecher des SSW, Christian Dirschauer:

Immer weniger Ärztinnen und Ärzte sind in der Versorgung substituierender drogenabhängiger Menschen tätig. Die Zahl der Patientinnen und Patienten bleibt mit landesweit über 3300 Personen dagegen leider stabil. Dieser Trend und die Ursachen hierfür sind zwar längst bekannt, aber dadurch nicht weniger alarmierend. Denn die bestmögliche Behandlung von Personen, die an einer Abhängigkeit von Opioiden (meist Heroin) leiden, ist für sie überlebenswichtig. Doch immer längere Versorgungswege und geringere Kapazitäten in den Praxen fördern sicher nicht die Versorgungsqualität. Aus

meiner Sicht ist daher auch das Land in der Pflicht, wenn es um die übergeordnete Zielsetzung und Planung geht, um diesen Menschen ein Leben ohne Drogen zu ermöglichen.

Ob die Landesregierung und das zuständige Ministerium für Justiz und Gesundheit diese Einschätzung teilt, wage ich allerdings zu bezweifeln. Man ist sich laut Antwort zwar „der Mangelsituation substituierender Ärztinnen und Ärzte bewusst“, aber begnügt sich offensichtlich mit einem groben Überblick über die Situation der Betroffenen. So kann das Ministerium weder für die Zahl der Substituierenden noch für die Zahl der behandelnden Ärztinnen und Ärzte nähere Angaben machen, geschweige denn diese zumindest auf Kreisebene runterbrechen. Noch dazu wird auf meine Frage nach Anreizen, damit mehr Ärztinnen und Ärzte Substitution als Zusatzleistung anbieten lediglich geantwortet, dass man gemeinsam mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren Möglichkeiten hierfür prüfen will.

Das ist aus meiner Sicht dann doch ein bisschen dünn. Unser Anspruch muss doch sein, dass wirklich alle drogenabhängigen Menschen eine Substitutionstherapie machen können, die diese wollen. Diese muss sicher nicht an jeder Milchkanne angeboten werden, aber sie muss für die Betroffenen realistisch erreichbar sein. Der schlichte Verweis auf die Zuständigkeit der Kommunen reicht nicht. Wir brauchen einen detaillierten Blick auf die Versorgungslage und müssen im Zweifel auch mehr Ärztinnen und Ärzte für diese wichtige Aufgabe gewinnen.

Durch wohnortnahe Angebote in bestmöglicher Qualität kann nicht nur der Schaden der Erkrankung minimiert, sondern auch der Gesundheitszustand und die soziale Situation der Suchtkranken verbessert werden. Damit wird gleichzeitig auch Schaden von der Gesellschaft abgewandt. Und hierfür sind wir auch auf Landesebene mitverantwortlich.